



Allgemeine Informationen zur Berechnung des Ruhegehaltes

Die nachstehenden Ausführungen sollen es Ihnen ermöglichen, sich einen Überblick über Ihre Versorgungsanswartschaften zu verschaffen. Sie können nicht vollständig sein und nicht alle im Einzelfall erheblichen Besonderheiten erfassen.

Das Ruhegehalt wird auf der Grundlage

- I. der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge und
- II. der ruhegehaltfähigen Dienstzeit

berechnet.

I. Ruhegehaltfähige Dienstbezüge sind

- das Grundgehalt, das Ihnen bei Versetzung in den Ruhestand zusteht
- der Familienzuschlag bis zur Stufe 1
- sonstige Dienstbezüge, die im Besoldungsrecht als ruhegehaltfähig bezeichnet sind
- Leistungsbezüge nach § 33 Abs.1 des Bundesbesoldungsgesetzes, soweit sie nach § 33 Abs.3 des Bundesbesoldungsgesetzes ruhegehaltfähig sind.

II. Ruhegehaltfähige Dienstzeiten sind u.a.

- Dienstzeiten im Beamtenverhältnis,
- Zeiten des Wehr- oder Ersatzdienstes.

Über diese Zeiten wird bei Eintritt des Versorgungsfalles von Amts wegen entschieden.

- andere Dienstzeiten im öffentlichen Dienst unter bestimmten Voraussetzungen

Über die Anrechnung folgender Zeiten kann nur auf **Antrag** entschieden werden:

- Mindestzeit der Ausbildung (außer der allgemeinen Schulbildung), soweit sie für die Übernahme in das Beamtenverhältnis vorgeschrieben ist (maximal jedoch 3 Jahre),
- Beschäftigungszeiten innerhalb oder außerhalb des öffentlichen Dienstes unter bestimmten Voraussetzungen.

Teilzeitbeschäftigungen werden entsprechend ihrem Anteil an der Vollbeschäftigung berücksichtigt.

Bei **Freistellungen** von mehr als 12 Monaten, die nach dem 30.06.97 angetreten worden sind, werden Ausbildungszeiten im Beamtenverhältnis auf Widerruf (§ 6 BeamtVG) und außerhalb eines Beamtenverhältnisses (§ 12 BeamtVG) und die Zurechnungszeit (§ 13 BeamtVG) nur in dem Umfang berücksichtigt, der dem Verhältnis der tatsächlichen ruhegehaltfähigen Dienstzeit zu der ruhegehaltfähigen Dienstzeit entspricht, die ohne die Freistellung erreicht worden wäre.

Bei Freistellung wegen Kindererziehung bis zur Dauer von 3 Jahren je Kind entfällt die anteilige Berechnung bei den **Ausbildungszeiten**.

Die ruhegehaltfähigen Dienstzeiten werden bei Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit ggf. um eine **Zurechnungszeit** erhöht. Die Zurechnungszeit beträgt 2/3 der Zeit vom Eintritt in den Ruhestand bis zum Ablauf des Monats der Vollendung des 60. Lebensjahres.

Vomhundertsatz

1. Das Ruhegehalt beträgt für jedes Jahr ruhegehaltfähiger Dienstzeit 1,875 v.H.

***Beispiel:** 42 ruhegehaltfähige Dienstjahre \times 1,875 v.H. ergeben einen Vomhundertsatz von 78,75 maximal jedoch 75 v.H.*

Die weiteren Ausführungen haben für Sie nur Bedeutung, wenn Sie nach der vorgenannten Berechnung nicht den Höchstruhegehaltssatz von 75 v.H. (bei 40 ruhegehaltfähigen Dienstjahren) erreichen.

2. Das ab 01.01.1992 in Kraft getretene Beamtenversorgungsgesetz enthält Übergangsbestimmungen für die am **31.12.1991 bereits vorhandenen Beamten/Beamtinnen:**

Haben Sie bei Versetzung in den Ruhestand voraussichtlich weniger als 40 ruhegehaltfähige Dienstjahre abgeleistet, so ist für die Ermittlung des maßgeblichen Vomhundertsatzes eine Vergleichsberechnung erforderlich:

- a) Ruhegehaltfähige Dienstzeit am 31.12.1991

Berechnung des Vomhundertsatzes nach der bis zum 31.12.1991 gültigen Ruhegehaltsskala (siehe Tabelle)

für alle Beamten (außer für Polizei- und Justizvollzugsbeamte, die am 01.07.75 Polizei- bzw. Justizvollzugsbeamte im Aufsichts-, Werk- und Sanitätsdienst des Landes Hessen waren)					
Jahre	v.H.	Jahre	v.H.	Jahre	v.H.
bis 10	35	ab 19	53	ab 28	68
ab 11	37	ab 20	55	ab 29	69
ab 12	39	ab 21	57	ab 30	70
ab 13	41	ab 22	59	ab 31	71
ab 14	43	ab 23	61	ab 32	72
ab 15	45	ab 24	63	ab 33	73
ab 16	47	ab 25	65	ab 34	74
ab 17	49	ab 26	66	ab 35	75
ab 18	51	ab 27	67		

für Polizei- und Justizvollzugsbeamte, die am 01.07.75 Polizei- bzw. Justizvollzugsbeamte im Aufsichts-, Werk- und Sanitätsdienst des Landes Hessen waren, gilt die folgende Regelung					
Jahre	v.H.	Jahre	v.H.	Jahre	v.H.
bis 10	35	ab 19	62	ab 28	73
ab 11	38	ab 20	65	ab 29	74
ab 12	41	ab 21	66	ab 30	75
ab 13	44	ab 22	67		
ab 14	47	ab 23	68		
ab 15	50	ab 24	69		
ab 16	53	ab 25	70		
ab 17	56	ab 26	71		
ab 18	59	ab 27	72		

- b) zuzüglich 1 v.H. für jedes Jahr ruhegehaltfähiger Dienstzeit ab 01.01.1992, höchstens jedoch 75 v.H.

Der jeweils höhere Vomhundertsatz (1. oder 2.) ist für die Berechnung des Ruhegehalts maßgebend.

Die weiteren Ausführungen haben für Sie nur Bedeutung, wenn der zu 2. ermittelte Vomhundertsatz höher ist als der zu 1.

3. Eine weitere Vergleichsberechnung ist erforderlich:

Auf die gesamte ruhegehaltfähige Dienstzeit ist die bis zum 31.12.1991 gültige Ruhegehaltsskala (siehe Tabelle 2.a)) anzuwenden. Hierbei ist auch ein evtl. Versorgungsabschlag wegen Beurlaubung oder Teilzeitbeschäftigung bis einschließlich 16.05.1990 zu berücksichtigen (Urteil des BVerwG vom 25.5.05).

Ist der auf diese Weise ermittelte Vomhundertsatz höher als der zu 2., so ist der zu 2. festgestellte Vomhundertsatz maßgebend.

Ist der Ruhegehaltssatz niedriger als der zu 2., so ist der zu 2. ermittelte Ruhegehaltssatz bis auf diesen Vomhundertsatz (3.) abzusenken.

Beispiel: geboren 1940---gesetzliche Altersgrenze 2005---25 ruhegehaltf. Dienstjahre

Berechnung zu 1.: 25 Jahre x 1,875 v.H.: 46,88 v.H.

Berechnung zu 2.: ruhegehaltfähige Dienstzeit am 31.12.91 = 11 Jahre

1. - 10. Jahr = 35 v.H.

11. Jahr = 2 v.H.

insgesamt = 37 v.H.

ruhegehaltfähige Dienstzeit vom 01.01.92 bis zum Beginn

des Ruhestandes = 14 Jahre x 1 v.H. = 14 v.H.

Ergebnis 51 v.H.

Vergleich der Berechnungen zu 1. und 2.: Der zu 2. ermittelte Vomhundertsatz ist höher, somit ist die Vergleichsberechnung zu 3. erforderlich:

25 ruhegehaltfähige Dienstjahre 1. - 10. Jahr = 35 v.H.

11. - 25. Jahr = 30 v.H.

insgesamt = 65 v.H.

Vergleich der Berechnungen zu 3. und 2. Der zu 3. ermittelte Vomhundertsatz ist höher, somit ist der zu 2. ermittelte Vomhundertsatz maßgebend (51 v.H.)

Bei den Vergleichsberechnungen zu 2. und 3. ist ggf. eine Zurechnungszeit in Höhe von 1/3 der Zeit vom Beginn des Ruhestandes bis zum Ablauf des Monats der Vollendung des 55. Lebensjahres zu berücksichtigen.

Versorgungsabschlag (§ 14 Abs. 3 BeamtVG)

A. Das Ruhegehalt vermindert sich um **3,6 v.H.** für jedes Jahr einer Ruhestandsversetzung.

1. wegen **Dienstunfähigkeit** (§ 51 Abs. 1 HBG) vor Ablauf des Monats der Vollendung des 63. Lebensjahres,
2. aufgrund eigenen Antrags wegen **Schwerbehinderung** (§ 51 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 HBG) vor Ablauf des Monats der Vollendung des 63. Lebensjahres
3. aufgrund eigenen Antrags wegen Erreichen der **Antragsaltersgrenze** (62. bzw. 63. Lebensjahr; § 51 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 HBG) vor Ablauf des Monats des Erreichens der gesetzlichen Altersgrenze (65. Lebensjahr).

Die Minderung des Ruhegehaltes darf **10,8 v.H.** nicht übersteigen.

- B. Nach den **Übergangsregelungen** des § 85 Abs. 5 BeamtVG bzw. § 69 d BeamtVG beträgt der maßgebliche Vorphundertatz für die Minderung des Ruhegehalts - **abweichend von den Ausführungen zu A.:**

bei Versetzung in den Ruhestand wegen **Schwerbehinderung**, wenn die Schwerbehinderung **nach dem 16.11.2000** festgestellt worden ist

Geburt in der Zeit vom bis	Höhe des Versorgungs- abschlags je Jahr	bis Ablauf des Monats der Vollendung des
01.01.42 bis 31.12.42	3,6 v.H.	62. Lebensjahres
ab 01.01.43	3,6 v.H.	63. Lebensjahres

Keinen Versorgungsabschlag erhalten die Beamten, die vor dem 01.01.1941 geboren sind und die am 01.01.2001 vorhandenen Beamten, die vor dem 16.11.1950 geboren sind und am 16.11.2000 schwerbehindert waren.

Mindestversorgung

Das Ruhegehalt beträgt mindestens 35 v.H. der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge (siehe I.) oder wenn dies günstiger ist, 65 v.H. der jeweils ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Endstufe der Besoldungsgruppe A 4 zuzüglich eines Betrags von z.Zt. 30,68 €.

Bleibt jedoch das erdiente Ruhegehalt allein wegen langer Freistellungszeiten hinter der Mindestversorgung zurück, so wird nur das erdiente Ruhegehalt gezahlt; es sei denn, die Versetzung in den Ruhestand erfolgt wegen Dienstunfähigkeit.

Altersteilzeit

Die Altersteilzeit ist eine Form der Teilzeitbeschäftigung. Zeiten einer Altersteilzeit sind jedoch gemäß § 6 Abs. 1 Satz 3 Beamtenversorgungsgesetz nicht nur arbeitszeitanteilig, sondern zu 9/10 der Arbeitszeit ruhegehaltfähig, die der Bemessung der ermäßigten Arbeitszeit während der Altersteilzeit zugrunde gelegt worden ist. Die/Der in Altersteilzeit befindliche Beamtin/ Beamte wird also hinsichtlich der ruhegehaltfähigen Dienstzeit so gestellt, als würde sie/er im Umfang von 90 vom Hundert der Arbeitszeit, die der Bemessung der ermäßigten Arbeitszeit während der Altersteilzeit zugrunde gelegt worden ist, Dienst leisten, obwohl sie/er im Durchschnitt lediglich 50 Prozent der Arbeitszeit arbeitet, die der Bemessung der ermäßigten Arbeitszeit während der Altersteilzeit zugrunde gelegt worden ist. Auch für die so genannte Quotelung der Ausbildungs- und Zurechnungszeiten ist die Altersteilzeit mit dem günstigeren Verhältniswert anzusetzen (siehe Seite 1 letzter Absatz).

Im Falle einer Versetzung in den Ruhestand vor Vollendung des 65. Lebensjahres wegen Inanspruchnahme der allgemeinen Antragsaltersgrenze bzw. vor Vollendung des 63. Lebensjahres wegen Inanspruchnahme der für Schwerbehinderte geltenden besonderen Antragsaltersgrenze oder wegen Dienstunfähigkeit mindert sich das Ruhegehalt auch nach vorangegangener Altersteilzeit um einen Versorgungsabschlag (siehe Seite 4).

Auch wenn die Regelung des § 6 Abs. 1 Satz 3 Beamtenversorgungsgesetz nicht zu dem am 31.12.1991 geltenden Recht gehört, ist die Altersteilzeit bei den Vergleichsberechnungen nach den §§ 85 Abs. 1, Abs. 3 und Abs. 4 nach zur Zeit gültiger Rechtsauffassung zu 9/10 der Arbeitszeit ruhegehaltfähig, die der Bemessung der ermäßigten Arbeitszeit während der Altersteilzeit zugrunde gelegt worden ist.

Absenkung des Ruhegehalts

Das Ruhegehalt wird bei den acht auf das Jahr 2002 folgenden Versorgungsanpassungen – also voraussichtlich bis 2010 - in gleichen Schritten vermindert. Durch diese Maßnahme wird das Versorgungsniveau - voraussichtlich ab 2010 - dauerhaft um 4,33 % abgesenkt.

Die Absenkung erfolgt bis zur siebten Versorgungsanpassung stufenweise mittels eines Anpassungsfaktors, der kleiner als 1 ist (vgl. Tabelle). Die der Versorgung zugrunde liegenden **ruhegehaltfähigen Dienstbezüge** werden mit diesem Faktor multipliziert. Dies bedeutet, dass das Ruhegehalt zwar nach dem bisherigen Recht berechnet, aber bei jeder Versorgungsanpassung die Erhöhung durch den Anpassungsfaktor stufenweise abgeflacht wird. Verringert werden zunächst (nur) die **ruhegehaltfähigen Dienstbezüge**. Erst mit dem Inkrafttreten und vor dem Vollzug der achten Anpassung wird der **Ruhegehaltssatz** mit dem Faktor 0,95667 abgesenkt und neu festgesetzt. Die Erhöhung fällt also jeweils um durchschnittlich 0,54 (4,33 : 8) Prozentpunkte geringer aus.

Anpassung nach dem 31.12.2002	Anpassungsfaktor
1.	0,99458
2.	0,98917
3.	0,98375
4.	0,97833
5.	0,97292
6.	0,96750
7.	0,96208
mit der 8.	Neufestsetzung des Vorphundertssatzes mit dem Faktor 0,95667

Beispiel:

<i>ruhegehaltfähige Dienstbezüge</i>	€ 1.500,00
<i>davon 75 % (erreichter Ruhegehaltssatz)</i>	
<i>ergibt jetziges Ruhegehalt</i>	€ 1.125,00
<i>Besoldungserhöhung 2003 (fiktiv) 2,4 %</i>	
<i>ruhegehaltfähige Dienstbezüge</i>	€ 1.536,00
<i>x Anpassungsfaktor 1. Stufe (0,99458)</i>	€ 1.527,67
<i>davon 75 % = abgesenktes Ruhegehalt</i>	<u>€ 1.145,75</u>
<i>(nicht abgesenktes Ruhegehalt = € 1.152,00)</i>	

Durch diesen geringeren Anstieg des Zuwachses wird der **Ruhegehaltshöchstsatz von derzeit 75 % auf 71,75 %** (4,33 % von 75 % = 3,25 %) absinken. Niedrigere Ruhegehaltssätze werden in entsprechendem Umfang vermindert. Der abgesenkte Ruhegehaltssatz ist für die weitere Berechnung der Versorgungsbezüge maßgebend, wobei dann wieder die vollen, nicht abgesenkten ruhegehaltfähigen Dienstbezüge zugrunde gelegt werden.

Die **Absenkung gilt für sämtliche Versorgungsempfänger (Bestand und Zugang)**. Für diejenigen, die während der Absenkungsphase in den Ruhestand treten, ist bei der Erstfestsetzung des Ruhegehalts der für diesen Zeitpunkt geltende Anpassungsfaktor maßgebend. Die Mindestversorgung bleibt von den Absenkungsmaßnahmen ausgenommen, ebenso die Dienstunfallversorgung. Diese Regelungen gelten für Beamte auf Zeit entsprechend.

Für die aktiven Beamtinnen und Beamten wird der jährliche Steigerungssatz pro ruhegehaltfähigem Dienstjahr mit der achten Besoldungsanpassung von derzeit 1,875 vom Hundert auf 1,79375 v.H. absinken.

Zuschläge zum Ruhegehalt

Das Ruhegehalt kann, sofern die Voraussetzungen vorliegen um folgende Zuschläge erhöht werden:

- Kindererziehungszuschlag
- Kindererziehungsergänzungszuschlag
- Pflegezuschlag
- Kinderpflegeergänzungszuschlag

Das um die genannten Versorgungssteigerungen erhöhte Ruhegehalt darf nicht höher sein, als das Ruhegehalt, das sich unter Berücksichtigung des Höchstruhegehaltssatzes und der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Endstufe der Besoldungsgruppe, aus der sich das Ruhegehalt berechnet, ergeben würde.

Die genannten Versorgungssteigerungen dürfen zusammen bzw. mit einem in der entsprechenden Zeit erworbenen Ruhegehaltsanspruch nicht höher sein, als entsprechende Leistungen in der gesetzlichen Rentenversicherung.

Bei Versorgungsempfängern, die vor Vollendung des 65. Lebensjahrs in den Ruhestand treten und die die Wartezeit für eine Rente der gesetzlichen Rentenversicherung erfüllt haben, ist unter bestimmten Voraussetzungen eine vorübergehende Gewährung dieser Zuschläge möglich. Die Bewilligung ist antragsabhängig. Anträge, die innerhalb von 3 Monaten nach Eintritt in den Ruhestand gestellt werden, gelten als im Zeitpunkt des Ruhestandseintritts gestellt. Wird der Antrag zu einem späteren Zeitpunkt gestellt, wird die Leistung ab Beginn des Antragsmonats gewährt.

Aus diesen Ausführungen können Sie ersehen, dass es schwierig ist, über einen längeren Zeitraum zuverlässige Prognosen auf die Höhe des zustehenden Ruhegehalts zu stellen. Geringfügige Änderungen bei der Dauer der Dienstzeit, den Umfang der Beschäftigung u.a.m. können schon dazu führen, dass der Berechnung des Ruhegehaltes z.B. nicht mehr die Bestimmungen des Übergangsrechts (§ 85 BeamtVG), sondern die §§ 6 bis 14 BeamtVG Anwendung finden. Gesetzliche und persönliche Veränderungen lassen sich über einen längeren Zeitraum kaum abschätzen. Dies führt dazu, dass frühzeitige Vorausberechnungen bis zum Zeitpunkt des tatsächlichen Ruhestands häufig überholt sind.

Mit Hilfe des nachfolgenden Berechnungsschemas können Sie sich einen groben Überblick über Ihr Ruhegehalt verschaffen.

Die vorgenannten Ausführungen können nicht vollständig sein und nicht alle im Einzelfall erheblichen Besonderheiten erfassen.

Vereinfachte Berechnung der ruhegehaltfähigen Dienstzeit und des Vomhundertsatzes

A.	Berechnung zu Ziffer 1 der Allg. Information				Beispiel	
	Ruhegehaltfähige Dienstzeiten	am				
	Tag nach Vollendung des 17. Lebensjahres (frühester Beginn der ruhegehaltfähigen Dienstzeit)					
		vom bis	Jahre	Tage	Jahre	Tage
1.	Mindestzeit der vorgeschriebene Ausbildung (Fach- und Hochschulausbildung einschließlich Prüfungszeit maximal 3 Jahre, praktische Ausbildung) oder für Beamte des Vollzugsdienstes und des Einsatzdienstes der Feuerwehr praktische Ausbildung und praktische hauptberufliche Tätigkeit (maximal 5 Jahre)**				3	
2.	Wehr- oder Ersatzdienst				1	91
3.	praktische hauptberufliche Tätigkeit, die für die Übernahme in das Beamtenverhältnis vorgeschrieben war *				2	
4.	hauptberufliche Tätigkeit als Lehrer an einer staatl. genehmigten Privatschule *				4	110
5.	hauptberufliche Tätigkeit im öffentlichen Dienst außerhalb eines Beamtenverhältnisses, wenn diese Tätigkeit zur Ernennung zum Beamten geführt hat *					182
6.	Ausbildung im Beamtenverhältnis auf Widerruf (z.B. Vorbereitungsdienst, apl. Lehrer) */**				1	182
7.	Tätigkeit im Beamtenverhältnis nach beendeter Ausbildung bis zum Beginn des Ruhestands (Zeiten der Vollbeschäftigung und Freistellungen getrennt angeben) *				4	20
8.						121,67
9.					10	115
10.						
11.						
12.						
13.						
14.	Zurechnungszeit (2/3 des Zeitraums vom Beginn des Ruhestands bis zum Ablauf des Monats der Vollendung des 60. Lebensjahres)**				3	65
15.	Summe der ruhegehaltfähigen Dienstzeiten				28	886,67
16.					30	156,67
17.	Dezimaljahre				30,43	
18.	Dezimaljahre multipliziert mit 1,875 ergibt den Vomhundertsatz				57,06	v.H.
19.	das Beamtenverhältnis hat am 1.1.92 bestanden und der Vomhundertsatz ist < 75 v.H. weitere Berechnung siehe B.					

* Zeiten einer Teilzeitbeschäftigung sind nur zu dem Teil ruhegehaltfähig, der dem Verhältnis der ermäßigten zur regelmäßigen Arbeitszeit entspricht

** Diese Zeiten werden bei einer Freistellung vom Dienst, die länger als 12 Monate dauert und die nach dem 30.6.97 bewilligt und angetreten ist, nur in dem Umfang berücksichtigt, der dem Verhältnis der tatsächlichen ruhegehaltfähigen Dienstzeit zu der ruhegehaltfähigen Dienstzeit entspricht, die ohne die Freistellung erreicht worden wäre. **Diese Berechnung wird bei der vereinfachten Ermittlung des Vomhundertsatzes nicht durchgeführt.**

B.	Berechnung zu Ziffer 2. der Allg. Information				Beispiel	
	Ruhegehaltfähige Dienstzeiten	am				
	Tag nach Vollendung des 17.Lebensjahres (frühester Beginn der ruhegehaltfähigen Dienstzeit)					
		vom bis	Jahre	Tage	Jahre	Tage
1.	Mindestzeit der vorgeschriebene Ausbildung (ohne Begrenzung auf 3 Jahre entspr. A.1.)				4	182
2.	Wehr- oder Ersatzdienst				1	91
3.	praktische hauptberufliche Tätigkeit, die für die Übernahme in das Beamtenverhältnis vorgeschrieben war *				2	
4.	hauptberufliche Tätigkeit als Lehrer an einer staatl. genehmigten Privatschule *				4	110
5.	hauptberufliche Tätigkeit im öffentlichen Dienst außerhalb eines Beamtenverhältnisses, wenn diese Tätigkeit zur Ernennung zum Beamten geführt hat *					182
6.	Tätigkeit im Beamtenverhältnis bis zum 31.12.91 (Zeiten der Vollbeschäftigung und Freistellungen getrennt angeben) *				1	182
7.					4	20
8.						
9.						
10.						
11.						
12.	Summe der ruhegehaltfähigen Dienstzeiten am 31.12.91				16	767
13.					18	37
14.	volle Jahre (bei einem Rest von mehr als 182 Tagen aufrunden)				18	
15.	Vomhundertsatz (siehe Tabelle Zf.2.a))				51	v.H.
16.	Tätigkeit im Beamtenverhältnis ab 1.1.92 bis zum Beginn des Ruhestands (Zeiten der Vollbeschäftigung und Freistellungen getrennt angeben)					121,67
17.					10	115
18.						
19.						
20.						
21.						
22.	Zurechnungszeit (1/3 des Zeitraums vom Beginn des Ruhestands bis zum Ablauf des Monats der Vollendung des 55. Lebensjahres)					120,33
23.	Summe der ruhegehaltfähigen Dienstzeiten (Zeile 16 - 20)				10	357
24.						
25.	Dezimaljahre				10,98	
26.	Dezimaljahre multipliziert mit 1 v.H. ergibt den Vomhundertsatz				10,98	v.H.
27.	zuzüglich Vomhundertsatz am 31.12.91 (Zeile 15)				51	v.H.
28.	Gesamtvomhundertsatz (Zeile 26 + 27)				61,98	v.H.
29.	der Vomhundertsatz (Zeile B.28) ist < A 18 maßgebender Vomhundertsatz A 18					
30.	der Vomhundertsatz (Zeile B.28) ist > A 18 die Berechnung nach C. ist erforderlich					
31.	der Vomhundertsatz aus C. ist < B.28 maßgebender Vomhundertsatz C.22/23					
32.	der Vomhundertsatz aus C. ist > B.28 maßgebender Vomhundertsatz B.28				61,98	v.H.

C.	Berechnung zu Ziffer 3) der Allg. Information				Beispiel	
	Ruhegehaltfähige Dienstzeiten	am				
	Tag nach Vollendung des 17. Lebensjahres (frühester Beginn der ruhegehaltfähigen Dienstzeit)					
		vom bis	Jahre	Tage	Jahre	Tage
1.	Mindestzeit der vorgeschriebene Ausbildung (ohne Begrenzung auf 3 Jahre entspr. A.1.)				4	182
2.	Wehr- oder Ersatzdienst				1	91
3.	praktische hauptberufliche Tätigkeit, die für die Übernahme in das Beamtenverhältnis vorgeschrieben war *				2	
4.	hauptberuflichen Tätigkeit als Lehrer an einer staatl. genehmigten Privatschule *				4	110
5.	hauptberufliche Tätigkeit im öffentlichen Dienst außerhalb eines Beamtenverhältnisses, wenn diese Tätigkeit zur Ernennung zum Beamten geführt hat *					182
6.	Tätigkeit im Beamtenverhältnis einschl. Vorbereitungsdienst (siehe A.6.) bis zum Beginn des Ruhestands (Zeiten der Vollbeschäftigung und Freistellungen getrennt angeben) **				1	182
7.					4	20
8.						121,67
9.					10	115
10.						
11.						
12.						
13.						
14.						
15.						
16.						
17.						
18.	Zurechnungszeit (1/3 des Zeitraums vom Beginn des Ruhestands bis zur Vollendung des 55. Lebensjahres)					120,33
19.	Summe der ruhegehaltfähigen Dienstzeiten				26	1124
20.					29	29
21.	volle Jahre (bei einem Rest von mehr als 182 Tagen aufrunden)				29	
22.	Vomhundertsatz (siehe Tabelle Zf.2.a)				69	v.H.
23.	verminderter Vomhundertsatz wegen Freistellungen (siehe entspr. Berechnung)				63,56	v.H.

* Zeiten einer Teilzeitbeschäftigung sind nur zu dem Teil ruhegehaltfähig, der dem Verhältnis der ermäßigten zur regelmäßigen Arbeitszeit entspricht

** Bei Teilzeitbeschäftigungen gemäß § 85 a HBG, die vor dem 1.8.1984 bewilligt worden sind, vermindert sich der Vomhundertsatz vor Anwendung des Höchstsatzes von 75 v.H für jedes Jahr, um das die ruhegehaltfähige Dienstzeit wegen der Teilzeitbeschäftigung hinter der ruhegehaltfähigen Dienstzeit zurückbleibt, die sich ohne diese Teilzeitbeschäftigung ergeben hätte, um 0,5 v.H.. **Diese Berechnung wird bei der vereinfachten Berechnung nicht durchgeführt**

Bei Teilzeitbeschäftigungen, die nach dem 1.8.84 bewilligt worden sind, wird der sich ohne diese Freistellungen ergebende Vomhundertsatz vor Anwendung des Höchstsatzes (75 v.H.) in dem Verhältnis vermindert, in dem die tatsächliche ruhegehaltfähige Dienstzeit zu der Zeit steht, die ohne diese Freistellungen als ruhegehaltfähige Dienstzeit (fiktive ruhegehaltfähige Dienstzeit) erreicht worden wäre.

Berechnung des Ruhegehalts

Die nachfolgenden Angaben können Sie grundsätzlich dem Abrechnungsnachweis entnehmen, der Ihnen von Zeit zu Zeit von der Hess. Bezügestelle übersandt wird. Bei Teilzeitbeschäftigung und Beurlaubung sind die dem Amt entsprechenden **vollen** Dienstbezüge anzusetzen.

		Beispiel
Grundgehalt		2.483,87 €
Familienzuschlag bis zur Stufe 1		103,20 €
Amtszulage		
ruhegehaltfähige Stellenzulage		69,81 €
Summe= ruhegehaltfähige. Dienstbezüge		2.656,88 €
multipliziert mit dem Anpassungsfaktor (s.Tabelle S.6)		0,99458
Summe		2.642,48 €
davon maßgebender Vomhundertsatz laut Berechnung zu A, B oder C		61,98 v.H.
Ruhegehalt */**		1.637,81 €

* Das Ruhegehalt ist bei Versetzung in den Ruhestand vor Erreichen der Altersgrenze und bei Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit oder Schwerbehinderung ggf. um einen Versorgungsabschlag zu vermindern (siehe Seite 5 der Allg. Information)

** Zuzüglich Unterschiedsbetrag zum Familienzuschlag, sofern Kinder im Familienzuschlag zu berücksichtigen sind und ggf. Kindergeld.